

Rede zum Antrag der SPD/CDU, Medizinstipendien im Kreis Unna einzuführen

.....

Die gesundheitspolitische Sprecherin der BündnisGrünen, Stephanie Schmidt, am 03.07.2018:

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Antrag der SPD-CDU-Fraktionen möchte den Landrat beauftragen, eine Konzeption für die Vergaben von Medizinstipendien zu entwickeln und vorzulegen.

Damit verbunden ist das wohlmeinende Ziel, einer drohenden Mangelversorgung im allgemeinmedizinischen und auch Facharztbereich entgegen zu wirken.

Dieser Antrag hat in dem zuständigen Fachausschuss für eine heftige und intensive Diskussion gesorgt.

In deren Folge haben alle übrigen Fraktionen und Gruppen diesen Antrag abgelehnt.

Ich möchte kurz erläutern, warum:

Einerseits war schon der Bericht der Verwaltung dahingehend deutlich, dass die Erfahrungen anderer Vorreiter-Kreise

- wir erfinden das Rad hier nicht neu –

In den anderen Kreisen sich die jungen Ärztinnen und Ärzte später doch nicht nieder ließen sondern eher von Arbeitgebern in größeren – augenscheinlich attraktiveren Städten „freikaufen“ ließen.

Die „Verbindlichkeit“ die sich die Groko in ihrem Antrag wünscht, lässt sich also nicht umsetzen.

Lassen Sie mich betonen, dass wir Grünen das Thema auch sehr ernst nehmen und die Versorgung mit ausreichenden niedergelassenen Haus- und Fachärzten vor Ort sichergestellt wissen möchten. Aber bitte nicht über Stipendien, die erfahrungsgemäß nicht zu einer erhofften Bindung an den Kreis führen.

Wir haben uns die bundesweite Befragung aller Medizinstudentinnen angeschaut. Durchgeführt und betreut wurde sie von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V., der Universität Trier sowie des Medizinischen Fakultätentages.

Hier war das Ergebnis, dass allein ein gutes Einkommen, geregelte und flexible Arbeitszeiten und Einkommenssicherheit nicht ausreichen, um künftige Ärztinnen und Ärzte für ländliche Regionen zu gewinnen: In der Studie wurden vielmehr als wichtiges Argument die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesehen.

HIERFÜR müssen wir hier im Kreis die entsprechenden Rahmenbedingungen bieten:

Kinderbetreuung, gute Schulen, Einkaufs-, Freizeit- und Kulturangebote sind die Rahmenbedingung, die stimmen müssen und diese Aufgabe müssen und können wir hier lösen.

Die Studierenden finanziell zu unterstützen ist nicht zielführend. Die jungen Menschen vermissen eher in ihren Studienfächern Unterrichtsinhalte zu Praxis und Niederlassung, die Rechte und Pflichten als Arbeitgeber, betriebswirtschaftliche Kompetenzen. Sie kennen den Alltag in Hausarztpraxen häufig gar nicht und ihnen fehlt am Ende des Studiums häufig die Kenntnis über juristische Hintergründe oder Personalmanagement in der Praxis...

Für uns Grüne ist darum über ein Stipendium die drohende ärztliche Unterversorgung nicht lösbar.

Wir haben ganz in der Nähe, im Kreis Soest, einen guten Ansatz gefunden: Hier entstand mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft das Projekt „Arztlotse“.

Hier wird früh der Kontakt zu Studenten geknüpft,

mit Unterstützung bei der Grundstückssuche,

Fördergeldern und

Kitaplätzen geholfen.

Moderierte Gespräche zwischen jungen Medizinern oder noch im Studium stehenden Interessierten und vor dem Ausscheiden stehenden

Hausärzten in einer Art „Kontaktbörse“, damit sie diesen Berufszweig überhaupt erst kennen lernen und

die Suche nach neuen Praxisformen in Arztzentren oder mobile Praxen sind hier die Mittel der Wahl.

Darum sprechen wir uns gegen den simplen Einfach-Lösungsvorschlag der Groko aus und regen an,

der Landrat möge eine Konzeption vorlegen, mit der der drohenden Unterversorgung im allgemeinmedizinischen und Facharztbereich entgegen gewirkt werden kann.

Vorschläge und grundsätzliche Vorüberlegungen hierzu habe ich Ihnen gerade wortreich vorgestellt.

Stephanie Schmidt am 03.07.2018

Anmerkung vom 04.07.2018:

in der Sitzung des Kreistags am 03.07. 18 lehnten alle Fraktionen und Gruppen außer der SPD/CDU den Vorschlag der „Medizinstipendien“ ab und beantragten, im nächsten Gesundheitsausschuss das Thema noch einmal aufzugreifen und ein weitergehendes Konzept zu erarbeiten.

Dieses Thema wird am 11.09.2018 erneut auf der Tagesordnung des Gesundheitsausschusses stehen.